

Bezugspreis: 8. bis 14. Februar 1924
60 Grundpennige.
Anzeigen: lokale 25, auswärtige 50 Pfg.
Kleinanzeigen: 25, 150 Pfg.
Lokale Familien-Anzeigen: 20 Pfg.
Lokale Stellenangebote 15 Pfg. die Zeile.
Alle Preise sind freibleibend.

General-Anzeiger

für Bonn und Umgegend.

Druck und Verlag: Hermann Neuffer.
Verantwortlich:
Hauptredakteur: Peter Neuffer
Anzeigenleiter: Peter Neuffer
Alle in Bonn.
Nr. 66, 566, 567. Volldruck 2611 18979

Nr. 11839.

Bonn, Dienstag, 12. Februar 1924.

34. Jahrgang

Neue Wege und Gedanken.

Die Sachverständigen
über unsere Zahlungsfähigkeit.

50 Milliarden Goldmark in 36 Jahren.

London, 9. Febr. Der Daily Telegraph gibt ein Telegramm wieder, das die Chicago Tribune heute von ihrem Berliner Vertreter erhalten hat und das folgendermaßen lautet: Die Sachverständigen sind der Überzeugung, daß Deutschland in der Lage ist, Entschädigungen im Betrage von 50 Milliarden Goldmark zu zahlen, und sie glauben, daß diese Summe mit 5 v. H. Zinsen in einem Zeitraum von sechs und dreißig Jahren getilgt werden kann. Die Sachverständigen werden allerdings keine bestimmte Summe für die Entschädigungszahlung angeben, weil das ihre Befugnisse überschreiten würde, aber ihre Untersuchungen der deutschen Einnahmequellen, worüber sie dem Wiederherstellungsausschuß Bericht erstatten werden, haben ergeben, daß Deutschland genügend Einnahmen besitzt, um eine Entschädigung in dieser Höhe und zugleich seine staatlichen Ausgaben zu tragen.

Die Einnahmen sollen gewonnen werden:

1. Durch eine Steuerrevision, welche die deutsche Industrie ebenso schwer belastet wie die englische, wobei die Steuerlast der deutschen Arbeiter und Angestellten erleichtert werden kann. Die Sachverständigen werden der deutschen Regierung mitteilen, daß sie die Verteilung der Steuerlast in Deutschland als unfair betrachten.

2. Gewisse Staatsentnahmen müssen für den Dienst der Entschädigungszahlungen reserviert werden. Die Sachverständigen werden daher eine Empfehlung dieser Art überreichen, obwohl dies streng genommen nicht zu ihren Aufgaben gehört.

3. Die deutschen Finanzämter müssen in der Lage sein, über alle deutschen Einnahmequellen ohne Einschränkung zu verfügen. Die wirtschaftliche Trennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von dem unbefehlten Deutschland durch eine Zolllinie muß beseitigt werden. Dabei haben die Sachverständigen natürlich keinerlei Fragen politischer Sicherheit in Betracht gezogen.

4. Eine staatliche Währung soll geschaffen werden durch eine Goldnotenbank, deren Kapital unter internationaler Aufsicht liegt, deren Sitz aber wahrscheinlich in Deutschland liegen soll.

5. Die Frage der politischen Sicherheit für Frankreich muß im gegenseitigen Einverständnis geregelt werden.

6. Die Ausgliederung der internationalen Finanzen ist ein wesentlicher Teil der ganzen Entschädigungsfrage.

Im Zusammenhang mit dem letzten Punkt ist die Frage der gegenseitigen Schuldentilgung nicht erörtert worden, da sie nicht in den Bereich der Aufgaben des Ausschusses fällt. Jedoch bemühen sich die Verbündeten und die deutschen Sachverständigen gemeinsam, die Regelung der Finanzfragen nach dieser Richtung zu lenken, da sie alle, vielleicht mit Ausnahme der Amerikaner, in der gegenseitigen Schuldentilgung die einfachste Lösung des Problems sehen.

Der Dr. Schacht'sche Plan.

Berlin, 11. Febr. Der hiesige Vertreter des Echo de Paris berichtet seinem Blatte, Dr. Schacht habe die Absicht, die neue Goldnotenbank in folgender Weise zu sichern:

1. durch die 450 Millionen Goldmarkreserven der Reichsbank,

2. durch eine ausländische Beteiligung in Gold und Devisen,

3. durch den Ertrag einer kurzfristigen Anleihe, um den Rücklauf des in Umlauf befindlichen Geldes zu ermöglichen.

Der Sitz der neuen Bank sei in Deutschland, die Ausgabe der Banknoten jedoch würde durch eine Zweigstelle überwacht, die in der Schweiz oder in Holland errichtet werde. Der Aufsichtsrat werde aus deutschen und Vertretern der Mächte gebildet, die sich gleichzeitig an der Bank beteiligen. Dem Aufsichtsrat werde das Recht eingeräumt, die Interessen der ausländischen Gläubiger in nützlicher Weise zu vertreten. Bei Gründung der Bank sollen die Reichsbank und die Rentenbank in dieser Aufgaben.

Nach der gleichen Quelle beabsichtigt Dr. Schacht, am 19. Februar in Paris mit den Sachverständigen über die Angelegenheit zu verhandeln. Vorher werde er sich nach London, Amsterdam und vielleicht auch nach Bern begeben, um Kreditmöglichkeiten zu prüfen.

Eine Verständigungskonferenz?

Die Reichsbank als Antiepoth.

Paris, 11. Febr. Die beiden führenden Pariser Blätter, der Matin und der Temps, beschäftigen sich heute in Leitartikeln mit der Frage der Schaffung genereller Pfänder an Stelle der lokalen Pfänder, die Frankreich augenblicklich besitzt.

Als Anlaß nimmt der Temps die letzten Ausführungen des Kanzlers und Dr. Stresemanns und überschreibt seinen Artikel: Deutschland stellt seine Bedingungen. Er betont, daß weder Dr. Marx, noch Dr. Stresemann dem Cuno-Programm Garantien hinzugefügt hätten. Die Politik Deutschlands, die neuen Zwangs- und Kontrollmittel aufzuheben, ohne Garantien vorzuschlagen, werde überall, nur nicht in Deutschland als unmöglich für eine Einigung betrachtet. Diese Haltung Deutschlands könne nur den einen Vorteil haben, daß alle seine Gläubiger eine große gemeinsame Anstrengung notwendig hätten, um Deutschland zum Zahlen zu bringen. Wenn Deutschland Bedingungen stelle, so könne es Frankreich erst recht tun. Internationale Kontrollen seien nur ein Mittel, um Zahlungen einzuliefern. Frankreichs Politik müsse darauf hinauslaufen, nicht Grund und Boden, keine Pfänder, keine Zwangsmittel aufzugeben gegen marktfähige Werte, die tatsächlich Zahlungen darstellen. Die Garantien, die die Sachverständigen vorschlugen, könnten vielleicht derartige marktfähige Werte schaffen, die es gestatten, die Verschuldung Deutschlands in eine kaufmännische umzuwandeln.

Jules Sauerwein überschreibt seinen vielleicht offiziösen, beeinflussenden Artikel: Man muß zu einem Resultat gelangen. Sauerwein hält die Einnahmen aus dem Ruhrgebiet für ungenügend und glaubt, daß die Sachverständigen die Umwidmung der deutschen Reichsbank

in eine internationale Gesellschaft als Pfand für Anleihen an Deutschland vorschlagen würden.

Die Reparationskommission unter dem Vorsitz Barthous würde auf Grundlage der Sachverständigenarbeiten einen allgemeinen Plan ausarbeiten, und die Frage der französischen Sicherheiten könnte durch den Verfall der territorialen Militärausstattung geprüft werden. Auf diese Weise könnte man die Dinge zur Erleichterung einer Aussprache zwischen den Regierungen klären. In zwei bis drei Monaten könnte Frankreich im Besitz des Ruhrpfandes eine Verständigung mit den Alliierten suchen und den anderen Mächten sagen: Wenn die Ruhrbesetzung sie hindert, und ihnen für die wirtschaftliche und finanzielle Hebung Europas schädlich erscheine, dann könnte Frankreich diese einschränken und zunächst einmal den inneren Zollgürtel aufheben unter der Bedingung, daß ein internationales Konsortium die Zahlungen garantiere. In defensiver Beziehung wäre Frankreich ebenfalls in der Lage, bestimmte Bedingungen für jede Abänderung der Befugnisform zu formulieren. Wenn die deutschen Eisenbahnen von einem internationalen Ausschuss kontrolliert würden, und ihr gesamter Ertrag als Pfand diene, dann sei die Eisenbahnregie, die sowohl militärische Garantie als Pfand sei, nicht mehr notwendig. Verträge mit den Ruhrindustriellen müßten solange abgeschlossen werden, bis mit allen deutschen Industriellen Verträge beständen, deren Ausführung garantiert würde.

Man kann Sauerweins Ausführungen wohl als eine Art Arbeitsprogramm für eine Konferenz der Premierminister der Alliierten bezeichnen.

Neue Wege der französischen Reparationspolitik.

WTB Paris, 11. Febr. Der Temps veröffentlicht einen Leitartikel, der in seinem ersten Teil jedes positiven Inhalts entbehrt. Sodann berührt das Blatt die Frage einer Grundlage zur Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich.

Wie die deutsche Regierung, so schreibt der Temps, Bedingungen stelle, so habe wohl auch die französische Regierung das Recht, ihrerseits Bedingungen auszusprechen. Was diese letzteren anlangt, so erscheint es dem Temps ebensovernehmlich, ohne weiteres alles aus der Hand zu geben als überhaupt keine Konzessionen zu machen. Die Klugheit gebiete, daß man auf französischer Seite versuche, für das, was man aufgeben müsse, Gegenleistungen zu erzielen. Es sei von internationaler oder internationaler Kontrolle die Rede. Der Temps verwahrt sich gegen den Vorwurf, diese Anregungen zurückweisen zu wollen, aber eine Kontrolle sei immer nur ein Mittel. Das Wesentliche sei das Ziel, das die französische Politik anstrebe. Es nach der Art dieser Ziele sei der Wert der Mittel zu beurteilen.

Das Ziel der französischen Politik sollte nach der Ansicht des Temps darin bestehen: kein Gebiet, kein Pfand, keine Zwangskontrolle und keine Zwangsmaßnahmen, die die Hand zu geben; es sei denn im Austausch gegen bürdenfähige Schuldverschreibungen, die tatsächliche Zahlungen darstellen.

Wenn diese Garantie, mit deren Ausarbeitung die Sachverständigen beschäftigt seien und die die Wiederherstellungsausschuss sanktionieren werde, tatsächlich wirksam würde, so dürfte es nicht unmöglich sein, derartige Schuldverschreibungen zu schaffen, die einen bestimmten Teil der wirksam garantierten künftigen Zahlungen Deutschlands darstellen. Bedingung sei jedoch, daß die Möglichkeit bestehe, die deutsche Schuld in eine Handelsanleihe, die französische Reparationsforderung in eine Forderung umzuwandeln, die sich auf Staatsangehörige aller Länder verteilte.

Zentrum und föderalistische Lösung der Rheinlandfrage.

Innerhalb führender Kreise der Zentrumspartei soll, wie verlautet, der Gedanke, die Rheinlandfrage im föderalistischen Sinne zu lösen, an Boden gewinnen. Es liegen darüber sowohl Äußerungen von privater Seite, als Andeutungen in der Zentrumspresse vor — beides allerdings nicht unwiderprochen. U. a. hat sich daran eine Diskussion zwischen Kölnischer Volkszeitung, Tremonia Dortmund und Hannoverscher Courier angeschlossen. Es heißt, daß man in diesen Kreisen in dem Sinne argumentiert, daß die rheinische Bevölkerung durch die Bindung des reichsverratlichen Separatismus in glänzender Weise Zeugnis für ihr unbedingtes Festhalten am Deutschtum dokumentiert hat und daß, falls aus Zweckmäßigkeitsgründen eine Trennung von den in Betracht kommenden Bundesstaaten, also von Preußen und Bayern, dienlich erscheinen sollte, eine solche Lösung erörterungsfähig wäre. Auch der Standpunkt: Um schlimmeres zu verhüten, wird geltend gemacht. Man weist ferner auf das Beispiel von Hannover hin, wo sich bekanntlich in ganz legaler Weise eine Abstimmung über die Frage des Verbleibens beim preussischen Staate vorbereitete.

Ein ständiges Regime am Rhein?

Temps und Matin machen dunkle Andeutungen über neue Absichten Frankreichs am Rhein. Im Zusammenhang damit scheinen die Enthüllungen von Georges zu stehen. Auch das angekündigte französische Gelbbuch, das bisher noch nicht bekannte Dokumente enthalten soll, die offenbar jetzt von Georges dem englischen Auswärtigen Amt zurückgegeben wurden, spielen in der noch etwas geheimnisvollen Sache eine Rolle. Der Schleier wird in etwa gelüftet durch einen Leitartikel des Temps vom 7. Februar, der unter der Überschrift: „Die Rheinfrage“ sich mit Lord George auseinandersetzt und zum Schluß einen Sitzungsbericht der französischen Kammer vom 24. September 1919 ausführt. In dieser Sitzung war u. a. von dem englisch-französischen Garantievertrag mit Frankreich die Rede, und es kamen Zweifel zum Ausdruck, ob dieser Vertrag vom amerikanischen Senat angenommen werden würde. Wie man weiß, ist der Vertrag tatsächlich nicht zustandegekommen. In der französischen Kammer sagte damals der Ministerpräsident Clemenceau:

Wenn die Verträge nicht angenommen werden, so werden sie eben nicht angenommen, und die Sache ist erledigt. Aber es gibt einen Artikel, den ich selbst durchgesetzt habe, und der besagt, daß wir in diesem Falle neue Abmachungen bezüglich des Rheins treffen werden. Folglich sind wir nach dieser Seite gedacht, und alles ist vorgehen.

Weiter erwähnte Clemenceau das Recht und die Aufgabe des Völkerbundes, die militärischen Aktionen Deutschlands zu überwachen.

Dazu bemerkt nun der Temps: „Als die französische Kammer der Ratifikation des Vertrages zustimmte, hatte sie die eben erwähnten Erklärungen gehört. Sie rechnete darauf, daß die dem Völkerbund durch den Artikel 213 anvertraute Überwachung der deutschen Rüstungen tatsächlich wirksam sein würde. Sie rechnete darauf, daß wenn der französisch-englische und der französisch-amerikanische Bündnisvertrag nicht in Kraft trete, man neue Abmachungen hinsichtlich des Rheins treffen würde. Wo sind diese neuen Abmachungen? Welches ist die Wirksamkeit der durch den Artikel 213 eingerichteten Überwachung? Um auf diese beiden Fragen antworten zu können, ist es offenbar notwendig, daß Frankreich und England sich verständigen, und daß sie sich verständigen über die Rolle und Zusammenfassung des Völkerbundes, wann kommt diese Verständigung? Der künftige Friede Europas steht auf dem Spiel. Möge niemand Angst vor Verhandlungen haben.“

Im Text des Versailler Vertrages ist von einem solchen Artikel, wie ihn Clemenceau bezüglich neuer Abmachungen in der Kammer 1919 erwähnte, nichts bekannt. Es scheint sich um jenen neu auftauchenden Plan zu handeln, von der belgischen Grenze bis zur Schweiz eine neutrale Zone zu schaffen, wozu in der englischen und französischen Presse in der jüngsten Zeit die Rede war. Wie das WTB aus Paris, 11. Febr., berichtet, veröffentlicht der Matin an der Spitze seines Blattes einen offenbar beeinflussten Artikel über die Arbeiten der Sachverständigenausschüsse. Er stellt die Frage: „Um was handelt es sich?“, und sagt: „Es gilt erstens zu beweisen, ob das Programm, das die Sachverständigenausschüsse ausarbeiten werden, Frankreich gestatten wird, ohne etwas von seinen Interessen aufzugeben, nicht mehr das in Pfand genommene deutsche Industriegebiet von dem übrigen Deutschland zu trennen, und zweitens festzustellen, ob ein ständiges Regime eingerichtet werden könne, das Frankreich Sicherheit gewähre und am Rhein an Stelle der im Versailler Vertrag vorgesehene Besetzung treten könnte.“

Die neuen Micum-Forderungen an die Ruhrzechen.

Essen, 11. Febr. Ueber die Verhandlungen der Vertreter des Ruhrbergbaues mit der Micum am vergangenen Samstag hören wir aus beteiligten Bergbaukreisen, daß von der Micum die Forderung gestellt wurde, daß der Ruhrbergbau vom 1. März an grundsätzlich die von der Reparationskommission bestimmte feste Menge an Brennstoffen liefern solle. Die von der Reparationskommission festgesetzte Menge für die Lieferung des gesamten deutschen Bergbaues stellt sich auf 1,853 Millionen Tonnen, wozu auf den Ruhrbergbau 1730 Millionen Tonnen monatlich entfallen. Von den Vertretern des Ruhrbergbaues wurde demgegenüber gewünscht, daß es auch nach dem 1. März bei der bisherigen Regelung bleibe, die bekanntlich die Lieferung eines gewissen Prozentsatzes der Zechenförderung — gegenwärtig insgesamt 27 Prozent der Ruhrförderung der Zechen — vorsehe. Die Bestimmung einer festen Tonnenzahl für die Reparationslieferungen erhebe unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Ruhrbergbau gänzlich undurchführbar und setze eine ganz bedeutende Steigerung der Förderung voraus. Die Vertreter des Ruhrbergbaues konnten aber mit ihrem Standpunkt nicht durchdringen. Die Micum hielt daran fest, daß die vom 1. März an zu leistenden Reparationslieferungen nicht mehr nach einem Prozentsatz der tatsächlichen Förderung festgesetzt werden, sondern nach einer festen Tonnenzahl bestimmt werden.

Am 18. ds. Mts. findet eine Zechenbesitzerversammlung der Ruhrkohlenvereinigung statt.

Vertreter der Landwirtschaft bei den Sachverständigen.

Berlin, 11. Febr. Auf Wunsch der Sachverständigen waren zur heutigen Sitzung des ersten Ausschusses die Vorsitzenden des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, Freiherr von Wangenheim und Oekonomierat Kaiser, eingeladen, die eine Denkschrift über die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft überreichten. Freiherr von Wangenheim legte mündlich die finanzielle Lage der Landwirtschaft dar, während Oekonomierat Kaiser die Sachverständigen insbesondere über die Steuerbelastung der Landwirtschaft und den jetzigen Stand der Volksernährung unterrichtete. Beide plädierten für langfristige Kredite. Die Sachverständigen zeigten nach der Deutschen Tageszeitung für die Ausführungen außerordentliches Interesse und stellten eine Reihe von Fragen.

Eine Versammlung der Sonderbündler in Düsseldorf.

Wie die „Rhein. Zig.“ aus Düsseldorf meldet, waren nur etwa 700 Personen zu der Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Unabhängigkeitsbundes in der Tonhalle am Sonntag erschienen. Der Hauptredner, Matthes, führte aus, die Niederlage der Separatisten durch die Auflösung der vorläufigen Regierung in Koblenz habe die Sonderbündler gelehrt, es zum zweiten Mal besser zu machen. In diesen Wochen werde keine neue revolutionäre Aktion gemacht werden, da die nötige Einigkeit fehle. Matthes empfahl einen interalliierten oder neutralen Rhein- und Ruhrstaat unter der Kontrolle des Völkerbundes, fand jedoch mit seiner Propaganda keinen Erfolg und hatte mehrere Zusammenstöße mit den zahlreich erschienenen Kommunisten, die sich von ihm nicht bekehren lassen wollten.

Ausschlag der Sonderbündler.

Bad Ems, 11. Febr. Das hiesige staatliche Rathaus, das seit Anfang November v. J. Sitz der Dortmunder Regierung war, wurde nunmehr von den letzten Sonderbündlern geräumt und die Fabne entfernt, nachdem Dr. Dorten selbst schon seit einiger Zeit verschwunden war.

Darmstadt, 11. Febr. Die Räumung des Kreisamts in Mainz durch die Sonderbündler in der Nacht zum Freitag zum Samstag gelang nur teilweise freiwillig, teilweise wurden sie am Morgen durch deutsche Schutzmannschaft ausgehoben. Die Franzosen haben der Räumung zu. Man erwartet, daß Großgerau, der letzte hiesige Platz, wo sich noch Sonderbündler eingenistet haben, auch bald befreit sein wird.

WTB Berlin, 11. Febr. Nachdem, wie bereits gemeldet, die Regierungsgebäude Mainz und Bingen sowie das Kreisamt in Großgerau von den Sonderbündlern geräumt sind, ist Rheinhausen von ihnen gesäubert. Wie aus der Pilsz gemeldet wird, räumten die Erwerbslosen in Pirmasens widerstandslos das Stadthaus. Die deutsche Polizei wurde von den Sonderbündlern freigelassen; sie besetzte, mit Waffen versehen, das Stadthaus.

